

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 8 86 845 ppbn d

## Inhalt

40. Jahrgang / 179

19. September 1985

Horst Seefeld MdEP, Vizepräsident des Europäischen Parlaments, wertet Stavenhagens ersten Auftritt vor der Brüsseler Presse: Erste Chance vertan.  
Seite 1

Dr. Hermann Scheer MdB, Obmann der Arbeitsgruppe Abrüstung und Rüstungskontrolle der SPD-Bundestagsfraktion, setzt sich mit Wörmers Erwiderung auf seine Neutronenwaffen-Entscheidung auseinander: Der Verteidigungsminister versucht sich herauszureden.  
Seite 3

### Dokumentation:

Professor Dr. Hartmut von Hentig, Leiter der Labor-  
schule an der Universität  
Bielefeld, hat in einem  
Brief das Recht des Ham-  
burger Bildungssenators  
Joist Grolle verteidigt, sich  
zu SDI zu äußern.

Seite 5

### Eine Fehlbesetzung auf Reisen

Staatsminister Stavenhagen hat in Brüssel seine erste Chance vertan

Von Horst Seefeld MdEP  
Vizepräsident des Europäischen Parlaments

Es ist gut, daß sich der neue in Bonn für Europa-Fragen zuständige Staatsminister Dr. Lutz Stavenhagen der Brüsseler Presse vorgestellt hat. Schließlich kann es nur hilfreich sein, die Partner kennenzulernen, mit deren Unterstützung man die europäischen Dinge vorantreiben will. Die Brüsseler Medienvertreter sind hervorragende Sachkenner, die sich durch eine kritische Ungeduld gegenüber der Dauerkrise der EG und dem schleppenden Einigungsprozeß auszeichnen. Die Chance, sie zu Verbündeten zu gewinnen, hat der Neue aus dem AA wohl vertan.

Wenn ich Pressemeldungen glauben darf - und weshalb eigentlich nicht, auch wenn sie grausam sind - hat Stavenhagen auf die Schlüsselfrage der Weiterentwicklung der EG, was nämlich mit dem sogenannten Veto-Recht im EG-Ministerrat wird, erklärt, die Bundesregierung werde keine Vorschläge zu der von ihr angestrebten Einschränkung des Vetos in die Verhandlungen zur Änderung des EWG-Vertrages einbringen. Auch das noch.

Wir haben noch alle die zahlreichen Beteuerungen des Bundeskanzlers und des Bundesaußenministers über die Notwendigkeit im Ohr, in den Ministerräten zu Mehrheitsentscheidungen zurückzukehren. So klang es sogar noch voll nach Kiechles Luxemburger Sündenfall.

Verlag und Redaktion:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement, Preis DM 82,50  
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Printed in Germany  
by the Deutsche Druckerei  
Bielefeld, Bielefeld



Und nun Stavenhagens Ankündigung. Eigentlich wäre es doch logisch, daß die Regierung, deren wichtigste Repräsentanten bislang unermüdlich öffentlich gegen den Veto-Mißbrauch getönt haben, diese Forderungen auch in praktische Politik umsetzen.

Gerade im Hinblick auf die Erweiterung der EG mit Spanien und Portugal zur Zwölfer-Gemeinschaft ist es unabweisbar, daß der Ministerrat seine Beschlußfähigkeit und Beschlußschnelligkeit erhöht. Die Regierungen müssen den faulen Luxemburger Kompromiß hinter sich lassen und endlich wie im EWG-Vertrag vorgesehen zu Mehrheitsentscheidungen zurückkehren. Sonst wird aus dem Bau der Europäischen Gemeinschaft eine Bauruine.

Dr. Stavenhagen ist neu im Amt. Vielleicht hat er ungewollt aus dem Nähkästchen geplaudert. Aber seine Aussage „Wir warten ab, was andere Partner vorschlagen werden“, läßt nichts Gutes erwarten. Die Europa-Politik benötigt eine neue Dynamik. Nicht lauter kleine geklonte Kohls, die in allen Politikbereichen die Unart des Aussitzens praktizieren.

Von einem Europa-Staatsminister, zumal den des größten EG-Mitgliedslandes, darf man wohl erwarten, daß er eigene Vorschläge für Fortschritte der Gemeinschaft einbringt und sich nicht hinter anderen versteckt.

Wer will, daß es in Europa vorangeht, darf nicht nur für neue EWG-Vertragsartikel zum Umweltschutz und zur Technologie-Politik und (hoffentlich) für eine Stärkung des Europäischen Parlaments eintreten. Er muß insbesondere dafür sorgen, daß die Gemeinschaft ihre Handlungsfähigkeit durch ein gestrafftes Beschlußverfahren im Ministerrat wieder gewinnt.

So gesehen war Stavenhagens Debüt in Brüssel ein Reinfall. Eine Fehlbesetzung ging auf Reisen.

(-/19.9.1985/vo-he/rs)

+ + +

Wörner versucht sich rauszureden

Die Existenz der Neutronenwaffen mußte der Verteidigungsminister in einem Brief jedoch bestätigen

Von Dr. Hermann Scheer MdB

Obmann der Arbeitsgruppe Abrüstung und Rüstungskontrolle der SPD-Bundestagsfraktion

Am 13. Juni 1985 habe ich im Bundestag gesagt: „Gleichzeitig findet inzwischen eine Massenproduktion von Neutronensprengköpfen für einen potentiellen Gebrauch in Europa statt.“ Verteidigungsminister Wörner antwortete: „Die amerikanische Regierung hat beim Kongreß bis jetzt noch nicht einmal die Mittel beantragt, um Neutronenwaffen zu produzieren, geschweige denn, daß sie diese etwa hier in Europa stationieren wolite.“

Am 29. 8. 1985 fragte ich in einem vom SPD-Pressedienst (4.9.) dokumentierten Brief den Verteidigungsminister, ob es - entgegen seiner Behauptung im Bundestag - zutrefte, daß die USA 380 Sprengköpfe für das Raketenystem Lance zwischen 1981 und 1984 mit einer Neutronenkomponente gebaut hätten, wobei die jeweilige Neutronenkomponente einfliegbereit in den USA und die Sprengköpfe bereits in Westeuropa seien. Außerdem fragte ich um die Bestätigung des Sachverhalts, daß Neutronensprengköpfe für das auch in der Bundesrepublik befindliche Artilleriegeschütz 203 mm gebaut seien, in den USA lagern und im Ernstfall eingeflogen werden.

Der Verteidigungsminister hat mir die Existenz der Neutronenwaffen nun in einem Brief (siehe Anhang) vom 16. September bestätigt, mit Ausnahme der Frage, ob in der Bundesrepublik bereits Sprengköpfe seien, deren Neutronenkomponente erst in den USA sei. Außerdem bestritt er, daß im Ernstfall diese Neutronenwaffen nach Europa verbracht würden. Er möchte nun sein Dementi bezüglich der Existenz von Neutronenwaffen lediglich auf die gegenwärtigen Haushaltsbeschlüsse und nicht auf die früheren verstanden wissen.

Dazu möchte ich feststellen:

- In der Bundestagsdebatte am 13. Juni sprach ich die aktuellen amerikanischen Haushaltsbeschlüsse mit keinem Wort an, sondern die Tatsache der „massenhaften Produktion von Neutronenwaffen“. Mir unterlief allenfalls ein kleiner sprachlicher Fehler: statt „findet statt“ hätte ich sagen sollen: „fand statt“. Indem der Verteidigungsminister aber die Existenz von Neutronenwaffen nicht einmal zugeben wollte, hat er das Parlament und die Öffentlichkeit politisch zu täuschen versucht.
- Der Verteidigungsminister hat auch nicht zugeben wollen - und will dies jetzt noch nicht -, daß diese Neutronenwaffen für den Gebrauch in Europa vorgesehen sind. Aber auch wenn keine Sprengköpfe in Europa lagern würden, denen die Neutronenkomponente zugeführt werden kann, so sind doch die Sprengköpfe jederzeit für die speziell in der Bundesrepublik vorhandenen Lance- und 203 mm-Geschütze vorgesehen. Da der Einflug in wenigen Stunden möglich wäre, haben wir es mit einem Fall einer Quasi-Stationierung der Neutronenwaffe zu tun, die jederzeit in eine Vollstationierung umgewandelt werden kann.
- Wenn man bedenkt, daß Wörner und die CDU/CSU bisher immer prinzipiell für die Neutronenwaffe waren und lediglich mit aus Rücksicht auf die Öffentlichkeit einer Stationierung reserviert gegenüberstanden, so kann man sich ausrechnen, wann der Zeitpunkt einer Vollstationierung gekommen wäre. Deshalb muß man weiter wachsam sein.

Verteidigungsminister Wörner bat mich, sein Antwortschreiben öffentlich zu machen. Dem komme ich gerne nach. Wörners Brief hat - unwesentlich gekürzt - folgenden Wortlaut:



"...Ihre Behauptung in der Bundestagsdebatte vom 13. Juni 1985, daß eine Massenproduktion von Neutronenwaffen stattfindet, ist falsch. Tatsächlich ist die Produktion von Neutronengefechtsköpfen entsprechend dem Kongreßbeschuß von 1984 im Oktober 1984 eingestellt worden, Mittelanforderungen der amerikanischen Regierung an den Kongreß zur Produktion von Neutronengefechtsköpfen sind nicht gestellt; dies ist nach Kenntnis der Bundesregierung auch nicht beabsichtigt.

Die nach öffentlicher Bekanntgabe der Entscheidung des amerikanischen Präsidenten vom August 1981 bis 1984 produzierten Neutronengefechtsköpfe für das Raketensystem Lance und das Artilleriegeschütz 203 mm sind ausschließlich in den USA gelagert. Pläne der amerikanischen Regierung für eine Stationierung dieser Gefechtsköpfe in der Bundesrepublik Deutschland gibt es nicht.

Eine Stationierung dieser Neutronenwaffen in Europa würde die Konsultation und Zustimmung im Bündnis und der betroffenen Bündnisstaaten erfordern, diese Zustimmung ist von der amerikanischen Regierung nicht erbeten worden.

Bei den Beratungen des Bündnisses, die zum Montebello-Beschluß führten, haben die USA keine Anträge auf Dislozierung von Neutronenwaffen in Europa gestellt; von daher war die Stationierung dieser Gefechtskategorie kein Gegenstand der Verhandlungen.

Der Montebello-Beschluß befaßte sich ausschließlich mit der Reduzierung und Modernisierung der in Europa befindlichen amerikanischen Sprengköpfe. Daher kann es bei den Modernisierungsmaßnahmen, das heißt zum Beispiel Ersatz der Artilleriegefechtsköpfe in Europa, nur um Ersatz durch Nicht-Neutronensprengköpfe gehen.

Dem trug auch der Beschluß des amerikanischen Kongresses von 1984 Rechnung, der die Mittel freigab für den Bau von Nukleargefechtsköpfen für Artilleriegeschütze unter anderem mit folgenden Auflagen verband:

- keiner der Sprengköpfe dürfe nach Inkrafttreten des Beschlusses als Neutronenwaffe produziert werden,
- bei der Produktion der Sprengköpfe solle besonderes Gewicht auf die Verbesserung der Sicherheit, Reichweite und Überlebensfähigkeit gelegt werden,
- Der Ersatz veralteter Gefechtsköpfe, die jetzt in Europa stationiert seien, solle durch diese verbesserten Gefechtsköpfe vorgenommen werden in den Grenzen, wie sie durch den Montebello-Beschluß festgelegt worden seien.

Dementsprechend wurde die Produktion von Neutronengefechtsköpfen eingestellt. Der Bericht des amerikanischen Verteidigungsministeriums an den Kongreß für das Finanzjahr 1986 weist aus, daß ab dem Finanzjahr 1985 produzierte Nukleargefechtsköpfe für das Artilleriegeschütz 203 mm keine Neutronenfähigkeit mehr haben („will not have an enhanced radiation capability“), nicht, wie Sie schreiben, „ohne Enhanced Radiation Components“. Gefechtsköpfe für das Raketensystem Lance sind in dem Bericht im übrigen nicht erwähnt (vergleiche: Annual Report to the Congress, Fiscal Year 1986, 4. Februar 1985, Seite 221).

Zusammenfassend stelle ich fest: Neutronengefechtsköpfe oder Nukleargefechtsköpfe, die durch Komponenten rasch zu Neutronengefechtsköpfen umgewandelt werden könnten, sind in der Bundesrepublik Deutschland nicht gelagert; es bestehen auch keine Pläne der amerikanischen Regierung für deren Stationierung.“

(-/19.9.1985/vo-ha/rs)

+ + +



DOKUMENTATIONHartmut von Hentig: Die Zukunft nicht den „Systemen des Todes“ opfern

Der Erziehungswissenschaftler Professor Dr. Hartmut von Hentig hat das Recht des Hamburger Bildungssenators Joist Grolle verteidigt, sich als Dienstherr der Lehrerinnen und Lehrer der Hansestadt über „Fragen von Leben und Tod“ öffentlich zu äußern. von Hentig weist damit Angriffe der Opposition in der Hamburger Bürgerschaft gegen Grolle zurück, der sich in einem Brief zum Antikriegstag gegen das amerikanische Sternenkriegs-Projekt gewandt hatte. von Hentig, vom SPD-Pressedienst um eine Stellungnahme aus der Sicht des Erziehungswissenschaftlers gebeten, entschloß sich, uns in einem Brief zu antworten, der im Zuge der Niederschrift schließlich den Charakter eines kleinen politischen Essays gewann. Wir veröffentlichen die Ausführungen von Hentigs im Wortlaut.

„Ich, ein zunächst unvoreingenommener Leser, entnehme dem von der Opposition als ‚Tagesbefehl‘ charakterisierten Brief an die Lehrer der Freien Hansestadt Hamburg: der Senator hält das amerikanische SDI-Programm für menscheitsgefährdend. Er wirbt für seine Ansicht, indem er vorrechnet, was allein das Forschungsprogramm kosten werde, und mitteilt, auf wieviel Milliarden Dollar (100 bis 500 Milliarden!) man die Verwirklichung des Kampfprogramms schätzt.

Mich überzeugt er mit dem Wenigen, was er sagt, weil mich die andere Seite mit der Fülle dessen, was sie sagt, nicht überzeugt. Die hierzulande wohlbekannte Tatsache, daß die Sowjetunion auf die alarmierendste Weise gerüstet ist, beeinträchtigt die von Grolle eingenommene Position überhaupt nicht: Es kann trotzdem falsch sein, wenn die westliche Welt so ungeheure Mengen Geld für etwas ausgibt, was möglichst nie Verwendung finde, Geld, das woanders dringend benötigt wird, Geld, das den humanitären Idealen des Westens dienen und dem Kommunismus die weltrevolutionären Anlässe nehmen könnte. Ja, die vom Westen seit über einem Jahrzehnt behauptete Überlegenheit der Sowjetunion in allen Waffenarten macht nur deutlich, daß der Friede nicht auf das exakte Gleichgewicht der Kampfsysteme angewiesen ist, sondern vielmehr durch eine Politik gesichert wird, die die Interessen der anderen Seite richtig einschätzt.

Verteufelungen kann sich in dieser Lage niemand leisten, Hoffnungen auf den militärischen show-down des anderen schon gar nicht. Eine prinzipielle Ausschaltung der sowjetischen interkontinentalen Kampfkraft, wie sie mit SDI ins Auge gefaßt wird, bringt die Sowjetunion in eine Lage, die wir alle fürchten müssen: ihrerseits ein gleiches Programm zu starten - oder die USA schon jetzt mit Drohungen an dem ihren zu hindern. Eine weitere Eskalierung der Rüstung ist vor allem für die Sowjetunion wirtschaftlich ruinös. Eine destabilisierte Sowjetunion aber ist für den Weltfrieden gefährlicher als die an den Erfolgen ihres realen Sozialismus gesättigte!

Diese Gedanken stecken im vorletzten Absatz des Grolle-Briefs. Auch sie argumentieren; auch sie sind ungeeignet, ein Gefühl wie Haß zu wecken. Wenn einer, zumal ein Freund und Verbündeter, Fehler macht, dann tue ich gut, es zu sagen. Wer dies ‚Erziehung zum Haß‘ nennt, hat weder eine ernstzunehmende Vorstellung von Erziehung noch von Haß. Ich, der ich Grolles Überzeugungen weitgehend teile, tue dies, weil ich eine tiefe Neigung zu Amerika und seiner liberalen politischen Tradition habe. Politische Aufrufe haben nur dort einen Sinn, wo es einen akuten Anlaß gibt und einen Adressaten, von dem man vermuten kann, daß er das Gesagte hört und ernst nimmt. Wenn umgekehrt Joist Grolle nicht mit der Regierung der Sowjetunion ins Gericht geht, dann hat das seinen Grund darin, daß der Krenl in diesem Augenblick nichts angekündigt hat, was die Lage verschlechtert, und, falls er es getan hätte, wäre eine Aufforderung des Hamburger Schulsenators, am Tage des Ausbruchs des Zweiten Weltkrieges, die Sowjetunion zu verurteilen, poli-



tisch eher grotesk. Ich müßte ihm die Fähigkeit aberkennen, ein so wichtiges Ressort zu verwalten wie die Politische Bildung an den Hamburger Schulen.

Aber damit sind wir bei dem eigentlichen Punkt: Die CDU wirft dem Senator vor, er habe ‚kaum verhohlen‘ zur ‚Indoktrination von Schülern‘ aufgefordert und seine Stellung als Dienstherr der Lehrer mißbraucht. Ich gestehe, ich hätte an seiner Stelle diesen Brief nicht geschrieben, vorhersehend, was man mir vorwerfen werde, und fürchtend, daß der Ort, an dem ich meine Argumente vortrage, ihre Wirkung zunicht mache. Ich hätte meine Meinung einer großen Tageszeitung übergeben - hoffentlich so gut formuliert, daß sie sie ohne Zögern und pünktlich am ‚Antikriegstag‘ bringt. Ich hätte gedacht: Das lesen meine Lehrer und viele andere dazu, die sich nun alle miteinander darüber streiten werden. - Aber vielleicht ist Joist Grolle doch der Schlauere von uns beiden. Er hat auf diese Weise seine politischen Gegner dazu gebracht, mächtig Wind in seine Segel zu blasen. Und möglicherweise ist Joist Grolle auch der gründlichere politische Pädagoge: Er kann und will nicht zulassen, daß wir in der Schule die Kinder auf die Zukunft vorbereiten, die wir als Bürger den ‚Systemen des Todes‘ opfern. Hut ab vor einem Mann, der so denkt und handelt! Wenn einer dann schon so weit gegangen ist und wenn schon die Opposition die Lage nutzt und auf seiner ‚Entlassung wegen Amtsmißbrauch‘ besteht, dann ist ihm zu wünschen, er habe Grolles Rechtfertigung bereit; Auch ein Dienstherr muß in Fragen von Leben und Tod seine Meinung haben und sagen dürfen. Es geht nicht an, daß wir nur als Privatleute laut urteilen, wo unsere Meinung ‚konsumiert‘ wird und nichts anrichtet, daß wir aber als Träger eines öffentlichen Amtes zur öffentlichen Meinung und Kritik nur Funktionales beitragen dürfen. Es geht auch nicht an, daß Lehrer sich durch einen solchen Brief in eine ‚Gesinnungsweste‘ gezwängt fühlen. Ist das so, dann wäre etwas anderes viel Gefährlicheres zu beklagen als ein vermeintlicher, gänzlich abstrakter Haß auf Amerika. Zu beklagen wäre die Hörigkeit der doch durch ihre Beamtung ausdrücklich davor geschützten civil servants / Diener der Republik gegenüber einem demokratisch verantwortlichen Minister! Wo stünden wir, wenn ein solcher Brief schon unsere Unabhängigkeit gefährdet.

Freilich: Streiten muß der Herr Senator nun und darf nicht seinerseits schreien (oder zulassen, daß man schreit), ihm werde der Mund verboten. Gottlob tut er das auch nicht!“

(-/19.9.1985/va-he/rs)

+ + +

